

Erstet
wöchentlich drei
Mal und zwar
Dienstag,
Donnerstag und
Sonnabend.

Inserate:
Für den Raum
einer
Zeile
10 Pf.

Amts- und Anzeigebblatt

für den

Bezirk des Amtsgerichts Eibenstock

und dessen Umgebung.

Abonnement
vierteljährlich
1 M. 20 Pf.
incl. Bringer-
lohn.

Dieses Blatt
ist auch
für obigen Preis
durch alle
Postanstalten zu
beziehen.

Verantwortlicher Redacteur: E. Hannebohn in Eibenstock.

Annoucen-Aahme in der Expedition bis Mittags 12 Uhr für die am nächstfolgenden Tage erscheinende Nummer.

Tagesgeschichte.

Berlin. Nachdem die Reisen des Großfürst-Erbprinzen beendet sind, tauchen wieder in der Presse die alten beunruhigenden Gerüchte auf. Ein hiesiger Korrespondent auswärtiger Blätter erinnert wieder an die s. B. in der „Köln. Z.“ erhobene Behauptung von der Anhäufung russischer Truppen in den westlichen Grenzländern. Es ist eine Thatsache, welche nicht geläugnet werden konnte, daß in der Linie von Niemen, Elbit gegenüber, längst der Narew bis zur Weichsel bei Warschau 250,000 Mann russischer Truppen aufgestellt sind. Der Centralpunkt dieser Aufstellung ist Wilna, welches ungefähr die Mitte dieser Stellung einnimmt; die Flügel lehnen sich bis nach Kowno und Grodno, und auf der anderen Seite nach Bialystok und Wloclawel bis nach Warschau hin. Es befinden sich darunter allein 120 Schwadronen Cavallerie und 220 Geschütze. Die einzelnen Details können wir noch nicht mittheilen, zumal öfters kleine Dislocirungen der Truppen stattfinden, dem preussischen Generalstabe aber dürften sie ganz genau bekannt sein. Daß eine Verminderung dieser Truppen, wie russischerseits behauptet worden, in letzter Zeit stattgefunden, davon ist nichts bemerkt worden. Es läßt sich nicht leugnen, daß diese Ansammlung von Truppen ihr Bedenkliches hat; preussischerseits stehen in den Ostprovinzen kaum 30,000 Mann; nehmen wir nun an, es käme plötzlich zu einem Kriege mit Rußland, so würde dieses in der Lage sein, mit dieser überwältigenden Macht sofort Ostpreußen (natürlich mit Ausnahme der Festungen) zu überfluthen und vorübergehend zu besetzen, dadurch also uns große Hülfsmittel entziehen, die Mobilmachung durch Einziehung der Reserve und Landwehr aus jener Provinz illusorisch machen und uns so um mindestens 100,000 Mann schwächen, sich selbst aber große Hülfsmittel schaffen. Zieht aber Rußland seine Truppen nicht zurück, müssen von deutscher Seite auch mehr Truppen dorthin geworfen werden und es ist anzunehmen, daß der Generalstab diese Angelegenheit schon in Berathung gezogen und erwogen hat, wie diesen Truppen-Ansammlungen entgegenzuwirken werden kann. Es wäre zu wünschen, daß endlich volle Klarheit über diese Gerüchte gebracht würde, und sie selbst oder ihre Veranlassung beseitigt würde. Denn zu aller Noth und allem Elend, von welchem das Land an allen Enden wiederholt, brauchen wir nicht auch noch das Kriegsgeschrei. Schlimm genug, wenn es wirklich käme, aber die Welt ohne Grund damit aufzuregen wäre frivol.

Man schreibt aus Berlin: Der Fall des Hauses Godeffroy in Hamburg berührt die Pläne der deutschen Regierung in Bezug auf die Samoa-Inseln auf das Empfindlichste; denn der Hauptgläubiger Godeffroy's, das Londoner Haus Baring, wird wahrscheinlich die gesammelten Forderungen übernehmen und damit die Samoa-Inseln wieder unter den Einfluß Englands bringen. In Hamburg vermuthet man deshalb auch, daß das Haus Baring unter höherem englischen Einfluß gehandelt habe, als es dem Hause Godeffroy den ferneren Credit kündigte und es auf diese Weise zu Fall brachte. Noch kürzlich, ehe die Consulu Deutschlands, Englands und Amerikas gemeinschaftlich das Protectorat über die Samoa-Inseln übernehmen, soll der englische Consul noch den Versuch gemacht haben, für England das alleinige Protectorat d. h. die Oberherrschaft zu erlangen. Es wird angedeutet, daß eben in den mit diesen politischen Erwägungen zusammenhängenden Gründen die Hauptschwierigkeiten für Herbeiführung einer Auseinandersetzung des Hauses Godeffroy mit seinen englischen Gläubigern zu suchen sind. Hoffentlich wird die deutsche Regierung eine politische Ausnutzung dieses Falles von englischer Seite in geeigneter Weise zu verhindern wissen.

Die „Breslauer Zeitung“ wiederholt in ihrer landwirthschaftlichen Rundschau noch dringender den Ruf nach Verbot der Kartoffelausfuhr als Aequivalent für die Getreideschutzölle. „Das Getreidegeschäft“, schreibt sie, wird von Woche zu Woche lebhafter, je näher wir zu dem Zeitpunkt gelangen, wo der Getreideschutzöll in Kraft treten soll. Oberschlesien hat auch wohl noch nie so viel Kartoffeln exportirt, als dieses Jahr und noch immer nehmen die Abschlüsse und Verladungen kein Ende. Oberschlesien darbt, das nothwendigste Ernährungsmaterial, die Kartoffel, fehlt dort in den dichtbevölkerten Kreisen der Berg- und Hüttenregionen, trotzdem kauft man in Schlesien auf, was bei dieser mangelhaften Ernte nur möglich ist, und schafft es nach England. Die Lebensmittel, die aus dem Auslande nach dem

Inlande importirt werden müssen, sollen einer Steuer unterworfen werden, während man bei dem bereits bestehenden Nothstande die unbeschränkte Ausfuhr unseres nothwendigsten Nahrungsmittels ungehindert gestattet. England zahlt Preise für Kartoffeln, die wohl dem Producenten, noch mehr aber den Zwischenhändlern gefallen werden — die aber unsere armen Consumenten nicht erschwingen können. Zum Frühjahr müssen Kartoffeln einen ungeahnten Preis erreichen, wenn man dieser unaufhörlichen Ausfuhr keine Riegel vorschreibt. — Vielleicht thut man es, wenn es zu spät ist, und wir auf den Import von Kartoffeln werden angewiesen sein.

Die Antipachtbewegung in Irland wächst täglich. Am Sonntag fand in Castlerah ein Meeting statt, dem etwa 10,000 Personen anwohnten. Unter den Sprechern befanden sich Mr. Parnell und Mr. Davitt. Etliche dreißig mit Gewehren bewaffnete Polizeibeamte waren auf dem Platze aufgestellt. Während der Rede des Vorsitzenden wurde die Aufmerksamkeit der Menge auf zwei Regierungsbeamte gelenkt, welche Notizen machten; ein Herr auf der Rednerbühne forderte das Volk auf, dieselben daran zu verhindern. Die Menge drängte vor, worauf die Polizisten angeblich auf die Vordrängenden ihre Gewehre aufschlugen; die Aufregung in diesem Augenblicke war eine ungeheure. Der Vorsitzende beschwor die aufgeregte Menge, sich zu beherrschen; man antwortete ihm mit dem Rufe: „Fort mit den Spionen, sie sollen ihr schmutziges Handwerk aufgeben!“ Mr. Parnell und der Vorsitzende traten vor und baten das Volk, sich zu beruhigen; nachdem dies geschehen, wurde den beiden Berichterstattern ein Sitz auf der Plattform angewiesen, worauf die Verhandlungen ungestört ihren Fortlauf nahmen. Mr. Parnell hielt eine Ansprache, in welcher er erklärte, daß die Polizisten in keiner Hinsicht berechtigt gewesen seien, ihre Gewehre in Aufschlag zu bringen. Die von Mr. Parnell vorgeschlagenen und von der Versammlung angenommenen Resolutionen bezogen sich ausschließlich auf die Landfrage und drückten den festen Entschluß der Versammlung aus, diese Frage in der bereits fasssam bekannten Weise zur Lösung zu bringen. Demnächst wird in Großbritannien übrigens die irländische Landagitation nicht mehr vereinzelt dastehen. Es sind nämlich Vorbereitungen getroffen worden, auch die Grund- und Bodenfrage in England selbst einer etwas eingehenderen und lautereren Besprechung zu unterziehen. Eine Anzahl Sozialisten sind bemüht, nach den Feiertagen eine große englische Demonstration betreffs der Landfrage in Scene zu setzen.

Ueber Adel und amerikanisches Bürgerrecht schreibt das „Pittsburger Volksblatt“: Es ist vielleicht nicht allgemein bekannt, daß in den Vereinigten Staaten ein Gesetz besteht, wonach ein Ausländer von Adel, also ein Herr von oder Baron, Graf u. s. w., welcher Bürger der Vereinigten Staaten wird, auch damit den Adelstitel aufzugeben hat. Die vierte Unterabtheilung der Section 2165 der verbesserten Statuten lautet wie folgt: „Im Fall ein Ausländer sich um das Bürgerrecht bewirbt, der den erblichen Adel besitzt oder zu einem Adelsorden in dem Königreich oder Staat, woher er stammt, gehört, soll er unter den Bestimmungen der Naturalisirung auch noch alle Ansprüche auf seine ausländischen Titel oder Adelsorden aufgeben und dieses Aufgeben soll in den Büchern des Gerichtshofes, wo die Naturalisation stattfand, verzeichnet werden.“

Sächsische Nachrichten.

Von sachmännischer Seite wird darauf aufmerksam gemacht, daß, falls bei der gegenwärtigen Schneedecke höhere Kältegrade eintreten würden, unser Obstbau einer Katastrophe entgegengeht, wie sie kaum größer in dem strengen Winter von 1870—71 gewesen sein dürfte. Ganz so wie damals ließ der heurige feuchte Spätsommer und der Anfang des Herbstes die Vegetation der Pflanzen nicht vollständig zur Ruhe kommen, als schon eine dicke Schneedecke den noch nicht sehr abgekühlten Erdboden bedeckte. Nachdem haben sich aber schon bedeutende Kältegrade eingestellt, die für manches Gartengewächs, das in Folge des zu früh eingetretenen Winters ungeschützt blieb, bedenklich ist. Der Obstbaum verträgt zwar noch höhere Kältegrade, ohne Schaden zu leiden, aber wenn, wie in diesem Jahre, seine Säfte noch nicht vollständig ruhen und die Bodentemperatur eine bedeutend höhere ist, als die der Luft, so bedarf es bei Weitem keiner allzugroßen Kältegrade, um das Leben